

Finanzhimmel: Wolken in Sicht

Die Rechnung 2009, die der Kantonsrat gestern guthiess, sieht noch recht nett aus. Doch man sieht die Schuldenwolken unweigerlich aufziehen.

Von Ruedi Hertach

St. Gallen. – Die Finanzkommission schaute wohlgefällig auf die schwarze Null im Haushalt 2009 zurück, war aber besorgt über das vierprozentige Ausgabenwachstum: Da wachse ohne wirksame Gegenwehr ein arges strukturelles Defizit heran.

Die SP wandte sich gegen das «bürgerliche Lamento» zur Aufwandsteigerung, die in Wahrheit von neuen Aufgaben herrühre (samt Enlastung der Gemeinden). Mit den Bürgerlichen sagte aber auch Finanzchef Martin Gehrer, es gebe keinen Grund zur Entwarnung. Die schwarze Null kam ja nur durch Entnahme von 30 Millionen aus dem besonderen Eigenkapital zustande, was die SP wiederum annullieren wollte, aber auf rechtlich nicht gangbare Weise. Damit war der Finanzdisput im Moment vorbei – härter wird dann wohl im Herbst gerungen, wenn der Finanzchef die angekündigte Verzichtspläne vorlegt.

Die CVP hatte per Vorstoss schon im April angezweifelt, dass die Regierung in gewissen Bereichen den Aufgaben- und Finanzplan ernst nehme. Gestern nun zeigte sich Fraktionschef Beni Würth eher besänftigt. So seien nun offenbar «die Feuerwehr- und Zivilschutzgeneräle» willens, Ausbildungssynergien ernsthaft zu prüfen. Skepsis ist laut Würth nach wie vor zum Instrument Raumkonzept nötig: Da drohe eine weitere Steigerung staatlicher Planung über den gesunden Menschenverstand hinaus.

49 von 50 Beiträgen bewilligt
Für 4,2 Millionen machte die Regierung dem Kantonsrat 50 Beiträge aus



Heiter trotz Bewölkung: Finanzchef Martin Gehrer malt in der Rechnungsdebatte nicht einfach schwarz, plädiert aber für eine illusionslose Lagebeurteilung.

Bild Regina Kühne

dem Lotteriefonds schmackhaft, so auch ans Stadtmuseum Rapperswil-Jona, ans Museum Weesen und an einen regionalen Kulturführer.

Mit knappem Mehr gestrichen wurde einzig ein Beitrag zum Ankauf von Silberschmiedearbeiten durch die Stiftung St. Galler Kulturgut. Die Jazzschule St. Gallen hat auch nach der bewilligten Finanzüberbrückung Existenzsorgen, die auch von Silvia Kündig (Grüne) geäussert wurden.

Für geregelte Stromanschlüsse
Zwölf Artikel zählt das gleich nach den Finanzgeschäften behandelte

Einführungsgesetz zum Stromversorgungsrecht des Bundes. Hauptzweck: Der Kanton soll eine feste Basis haben, durch die er die Elektrizitätsversorger zu Anschlüssen ans Versorgungsnetz verpflichten kann (die entsprechenden Netzgebiete sollen von der Regierung dieses Jahr zugeteilt werden).

Bei den Fraktionsvoten stellte Barbara Keller (SVP) die Vorlage in einen Zusammenhang mit dem verbreiteten Unmut über negative Nebenwirkungen der Strommarktliberalisierung. Sie warb für ein möglichst schlankes Gesetz und für die von der Kommission beantragte Korrektur zugunsten

von Anschlüssen ausserhalb der Bauzonen. Auch Christian Rüegg (SVP) und Beni Würth setzten sich für entsprechende Solidarität ein – worauf auch demgemäss beschlossen wurde.

Gestritten wurde dann noch darüber, wofür alles die Regierung den Netzbetreibern Leistungsaufträge soll erteilen können. Mehrheitlich mit Erfolg plädierte Bauchef Willi Haag dafür, an diesen Instrumenten im Sinne der Energiekonzept-Umsetzung festzuhalten. Für manche Ratsmitglieder dürfte diese Vorlage wohl eher ein Buch mit sieben Siegeln gewesen sein – für die Medien ohnehin.